

Zweckbestimmung

verkehrsberuhigte Mischverkehrsfläche

Zuordnung

TEIL B: TEXT

Rechtsgrundlage § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB

1.1 In Reinen Wohngebieten (WR) sind die ausnahmsweise zulässigen Nutzungen unzulässig.

1.2 In Allgemeinen Wohngebieten (WA) sind von den ausnahmsweise zulässigen Nutzungen nur Betriebe des Beherbergungswesens zulässig.

1.3 Für die eingeschossigen Einzel- und Doppelhäuser ist die maximale Traufhöhe mit 4,5 m und die maximale Firsthöhe mit 9,5 m festgesetzt Traufhöhe ist der Abstand zwischen der Höhe der öffentlichen Verkehrsfläche im Bereich der Grundstückszufahrt und dem Traufpunkt. Traufpunkt im Sinne dieser Festsetzung ist der Schnittpunkt zwischen der Oberkante der schrägen Dachhaut und der Außenkante der senkrechten Außenwand. Die Firsthöhe ist der Abstand zwischen der Höhe der Zufahrt und der

1.4 Für die zweigeschossigen Einzel- und Doppelhäuser ist die maximale Traufhöhe mit 6,5 m und die maximale Firsthöhe mit 10.5 m im Bereich der Grundstückszufahrt an der öffentlichen Verkehrsfläche festgesetzt. Traufhöhe ist der Abstand zwischen der Höhe der öffentlichen Verkehrsfläche im Bereich der Grundstückszufahrt und dem Traufpunkt. Traufpunkt im Sinne dieser Festsetzung ist der Schnittpunkt zwischen der Oberkante der schrägen Dachhaut und der Außenkante der senkrechten Außenwand. Die Firsthöhe ist der Abstand zwischen der Höhe der Zufahrt und der Firstlinie.

§ 9 Abs. 2 BauGB, § 22 Abs. 2 und 4 BauNVO

2.1 In allen Baugebieten der Planzeichnung gilt die offene Bauweise.

2.2 Die Wohngebäude sind mit ihrer Firstrichtung parallel oder senkrecht zur angrenzenden Verkehrserschließung zu errichten.

§ 9 Abs. 1 Nr. 3 BauGB 3. Größe der Baugrundstücke:

3.1 Die Baugebietsfläche jedes Grundstückes muss folgende Mindestgröße haben:

§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB 4.1 Nebenanlagen, Garagen und Carports sind nur innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen

zulässig, ausgenommen hiervon sind Einhausungen von Müllsammelstellen. 4.2 Auf der überbaubaren Grundstücksfläche sind je Einzelhaus 2 PKW-Stellplätze anzulegen

§ 9 Abs. 1 Nr. 6 BauGB 5. Zahl der Wohnungen:

5.1 In den Baugebieten Nr. 1-5 der Planzeichnung sind je Einzelhaus und Doppelhaushälfte maximal 2 Wohnungen zulässig. § 9 Abs. 1 Nr . 10 BauGB

6.1 Sichtdreiecke sind von jeder sichtbehindernden Nutzung, Bepflanzung, Einfriedung oder Aufschüttung ab einer Höhe von 0,70 m über der angrenzenden Verkehrsfläche freizuhalten.

§ 9 Abs. 1 Nr . 11 BauGB Auf öffentlichen Verkehrsflächen allgemeiner Zweckbestimmung sind für 10 anliegende Wohnungen

Auf der öffentlichen Verkehrsfläche mit der Zweckbestimmung "Verkehrsberuhigter Bereich" sind Maßnahmen zur Verhinderung des Durchgangsverkehrs zu realisieren. Zufahrten zu Einzelhausgrundstücken sind zulässig.

§ 9 Abs. 1 Nr . 12 und 14 BauGB 8.1 Auf der Versorgungsfläche sind zulässig: Regenrückhalteteich mit flachgeneigten Böschungen, Trafo, Pumpstation. An der nördlichen Einfriedung ist eine einreihige Feldhecke aus Sträuchern der Pflanzliste

§ 9 Abs. 1 Nr. 14 und 16 BauGB

9.1 Das auf befestigen Flächen anfallende Regenwasser ist durch geeignete Vorkehrungen (Versickerungsschächte, -gräben, -mulden) weitmöglichst auf den Grundstücken zu versickern. Nur Überschusswasser darf im Trennsystem an die Vorflut abgegeben werden.

(§ 9 Abs. 1 Nr. 15, 16, 20 u. 25 und Abs. 4 BauGB) 10. Grünordnerische Festsetzungen 10.1 Die innerhalb des Landschaftsschutzgebietes "Kühlung" liegenden Ausgleichsflächen sind aus der intensiven landwirtschaftlichen Nutzung zu nehmen und extensiv zu pflegen. Auf den Flächen sind

lockere Feldgehölzgruppen aus standortgerechten, heimischen Arten zu pflanzen. 10.2 Auf den Grünflächen mit der Zweckbestimmung "Schutzgrün" sind je 2,5 m² ein Gehölz der Pflanzenliste anzupflanzen und dauerhaft zu unterhalten. Innerhalb der privaten Grünflächen ist die Verwendung

10.3 In den Flächen des Straßenraumes sind im Abstand von </= 25 m heimische, standortgerechte Laubbäume in einer Größe von mindestens 18 cm Stammumfang und 3 x verpflanzter Baumschulqualität zu pflanzen. Die Baumscheiben sind mindestens 2 x 5 m groß anzulegen und offen zu halten. Die Stämme sind durch Anfahrtsschutz zu sichern. Die Zwischenräume sind mit geeigneten Sträuchern oder Rasen zu begrünen und zu unterhalten, sofern sie nicht als Parkflächen oder

10.4 Der Regenrückhalteteich ist in naturnaher Bauweise zu gestalten (Begrünung, Böschungswinkel). 10.5 Ab 250 m² Grundstücksgröße ist mindestens 1 heimischer, standortgerechter Laubbaum (Hochstamm) in einer Größe von mindestens 14 cm Stammumfang bzw. ein Solitär von mindestens 3 m Höhe, jeweils in

3 x verpflanzter Baumschulqualität, zu pflanzen. 10.6 Einfriedungen zum Straßenraum sind nur in Verbindung mit Pflanzungen aus Sträuchern oder Hecken zulässig, die mindestens die Höhe der Einfriedungen erreichen. Die Einfriedungen (Zäune) liegen dabei

auf der dem Grundstück zugewandten Seite und dürfen eine Höhe von 1,5 m nicht überschreiten. 10.7 Stellplätze, Zufahrten und Fußwege sind aus durchsickerungsfähigem Material (z.B. fugenreichem

10.8 Die grünordernischen Festsetzungen mit Ausnahme der Nr. 10.5 sind im Zuge der Erschließung des

(Zu verwendende Qualität: Hochstamm, mind. 18 cm Stammumfang, 3 x verpflanzt)

Acer campestre (Empfehlung: Elsrijk) Corylus colurna Crataegus lavallei ,Carrierei'

Sorbus aria

Schutzgrün, Gehölzstreifen, Pflanzgebotsflächen, Feldgehölze Zu verwendende Qualitäten: Gehölze 1. u. 2. Ordnung: Heister 2 x verpflanzt, 120-200 cm

<u>Sträucher:</u>

Haselnuss

Weißdorn

Schlehe Faulbaum

Hundsrose

Kornelkirsche

Roter Hartriege

Traubenkirsche

Cornus mas

Cornus sanguinea

Corvius avellana

Prunus padus Prunus spinosa

Rosa canina

Rhamnus frangula

Sambucus nigra

Crataegus monogyna

Sträucher: verpflanzt, 60-100 cm) Gehölze 2. Ordnung: Alnus glutinosa Carpinus betulus

Malus sylvestris Pyrus communis Wasserflächen Alnus glutinosa

Salix caprea Iris pseudacorus Sparganium erectum

Phragmites communis Typha latifolia

§ 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB 11.1 Das Leitungsrecht im Baugebiet Nr. 5 der Planzeichnung umfasst die Befugnis der Ver- und Entsorgungsbetriebe, unterirdische Ver- und Entsorgungsleitungen herzustellen und zu unterhalten. Nutzungen, welche die Herstellung und Unterhaltung beeinträchtigen, sind unzulässig.

12.1 Das Baugebiet Nr. 5 ist zur Errichtung einer Altenpflege Anlage mit allen dafür erforderlichen Service und Dienstleistungen innerhalb von 5 Jahren vorgesehen. Bei Nichtrealisierung ist die Folgenutzung -Allgemeines Wohngebiet (§ 4 BauNVO).

§ 9 Abs. 1a und Abs. 4 BauGB 13. Zuordnung der Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen: 13.1 Die Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen werden den Eingriffen durch die Baugebiete und Verkehrsanlagen gesammelt zugeordnet. Verteilungsmaßstab ist die zulässige Versiegelung.

§§ 135a und b sind anzuwenden. 13.2 Als Kompensationsmaßnahmen zum Ausgleich von Eingriffen in Natur und Landschaft außerhalb des B-Plan-Geltungsbereiches sind vorgesehen:

Auf dem Flurstück 39/10, Flur 1, Gemarkung Lichtenhagen wird eine öffentliche Grünfläche angelegt. Dazu wird der vorhandene Garagenkomplex abgerissen. Ca. 40% der 1,4 ha großen Fläche wird

Gemeindeentwicklungskonzeption dargestellte Maßnahme anlehnen. 14. Gestalterische Festsetzungen/Örtliche Bauvorschriften (§ 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. § 86 LBauO M-V) 14.1 In den Baugebieten ist für die Hauptdachfläche der Gebäude Steildach wie folgt festgelegt:

Baugebiete 1 und 2: Dachneigung von mindestens 35 Grad bis maximal 49 Grad Baugebiete 3b und 4: Dachneigung von mindestens 22 Grad bis maximal 35 Grad Baugebiete 3a und 5: Dachneigung von mindestens 22 Grad bis maximal 49 Grad.

14.2 Blaue und grüne Dachfarben und glänzende Oberflächen sind unzulässig, ausgenommen sind Flächen

14.3 Garagen sind in Material und Farbe der Außenwände, Form und Material der Dächer den jeweiligen Hauptbaukörpern anzupassen. Wenn Garagen oder Carports zweier benachbarter Grundstücke an der gemeinsamen Grenze errichtet werden, sind sie in dieser Hinsicht einheitlich zu gestalten.

14.4 Vorgartenflächen dürfen nicht gewerblich (Lager, Ausstellungen, Automaten, Anlagen der Außenwerbung u.dgl.) genutzt werden.

14.5 Ordnungswidrig nach § 84 Abs. 1 Nr. 1 LBauO M-V handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig gegen die Festsetzungen Nr. 14.1 bis 14.4 verstößt. Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 5.000,- € geahndet werden.

Wenn während der Erdarbeiten Funde oder auffällige Bodenverfärbungen entdeckt werden, ist sofort die zuständige untere Denkmalschutzbehörde zu benachrichtigen und der Fund und die Fundstelle bis zum Eintreffen von Mitarbeitern und Beauftragten des Landesamtes für Kultur und Denkmalpflege in unverändertem Zustand zu erhalten. Verantwortlich sind hierfür der Entdecker, der Leiter der Arbeiten, der Grundeigentümer sowie zufällige Zeugen, die den Wert des Fundes erkennen. Die Verpflichtung erlischt 5 Werktage nach Zugang der Anzeige.

Mit der Erschließungsplanung ist ein Freiflächennutzungsplan zur Sicherung aller grünordnerischen Festsetzungen der Unteren Naturschutzbehörde einzureichen.

VERFAHRENSVERMERKE

- 1. Die Satzung über den Bebauungsplan ist mit Ablauf des 16.05.2011 in Kraft getreten.
- 2. Die Gemeindevertretung hat am 07.03.2013 den Beschluss zur 1. Änderung der Bebauungsplansatzung gefasst, den Entwurf gebilligt und zur Auslegung bestimmt.
- Die von der Planung berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind mit Schreiben vom 26.03.2013 zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert worden.
- Die Entwürfe zur 1. Änderung des Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) sowie der Begründung, haben in der Zeit vom 23.04.2013 bis zum 27.05.2013 während der Dienst- und Öffnungszeiten des Amtes Warnow-West nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegen. Die öffentliche Auslegung ist mit dem Hinweis, dass Anregungen nur zu den geänderten bzw. ergänzten Teilen während der Auslegungsfrist von jedermann schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden können, am 27.03.2013 ortsüblich bekannt
- Die Gemeindevertretung hat die fristgemäß abgegebenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange am 23.05.2013 geprüft. Das Ergebnis ist mitgeteilt worden.
- Die 1. Änderung des Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), wurde am 23.05.2013 von der Gemeindevertretung als Satzung beschlossen. Die Begründung zur 1. Änderung des Bebauungsplanes wurde mit Beschluss der Gemeindevertretung vom 23.05.2013 gebilligt.

Die 1. Änderung der Bebauungsplansatzung, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) wird hiermit ausgefertigt.

Elmenhorst/Lichtenhagen, 04.06.2013

Har bre M H. Harbrecht Bürgermeister

Man bre Il

H. Harbrecht

Bürgermeister

Die Satzung über die 1. Änderung des Bebauungsplanes sowie die Stelle, bei der der Plan auf Dauer während der Dienststunden von jedermann eingesehen werden kann und über den Inhalt Auskunft zu erhalten ist, sind am 05.06.2013 ortsüblich durch Aushang bekannt gemacht worden. In der Bekanntmachung ist auf die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und von Mängeln der Abwägung sowie auf die Rechtsfolgen (§ 215 Abs. 2 BauGB) und weiter auf Fälligkeit und Erlöschen von Entschädigungsansprüchen (§§ 44 BauGB)

Die Satzung ist mit Ablauf des 05.06.2013 in Kraft getreten. Gleichzeitig ist die Bebauungsplansatzung vom 16.05.2011 außer Kraft getreten.

Elmenhorst/Lichtenhagen, 05.06.2013



Übersicht zur Lage des gekennzeichneten B-Plan-Geltungsbereiches, o.M.



ELMENHORST/LICHTENHAGEN Gemeinde im Amt Warnow-West

Landkreis Rostock / Land Mecklenburg-Vorpommern

BEBAUUNGSPLAN Nr. 3/IV Wohngebiet "Am Pappelweg"

im vereinfachten Verfahren gemäß § 13 BauGB

in Elmenhorst 1. ÄNDERUNG

Elmenhorst/Lichtenhagen, 05.06.2013

Mar bn 21 H. Harbrecht Bürgermeister